

Beschluss des SPD-Präsidiums vom 29. Mai 2006

Das Präsidium der SPD hat in seiner heutigen Sitzung den folgenden Beschluss zur Lage am Ausbildungsmarkt gefasst:

Wenige Monate vor dem Beginn des neuen Ausbildungsjahres ist die Lage auf dem Ausbildungsmarkt alarmierend. Die Schere zwischen dem Lehrstellenangebot und der Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber hat sich weiter geöffnet. Im März 2006 betrug die rechnerische Lehrstellenlücke 256.842 und ist somit um rund 32.000 Stellen größer als noch vor einem Jahr.

Zu viele Unternehmen in Deutschland entziehen sich ihrer sozialen und ökonomischen Verantwortung. Nur noch ein knappes Viertel engagiert sich in der Ausbildung, obwohl rund die Hälfte ausbilden könnte. Erstmals wurden im Jahr 2005 weniger als 60 Prozent eines Altersjahrgangs im dualen System ausgebildet. Anfang der 90er Jahre hatte die Beteiligungsquote noch bei rund 70 Prozent gelegen. Das duale System wird zunehmend ausgehöhlt. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ hat auch im zweiten Jahr positive Ergebnisse erzielt. Doch reichen die bisherigen gemeinsamen Anstrengungen der Wirtschaftsverbände und der Bundesregierung bei weitem nicht aus, um die Situation auf dem Ausbildungsmarkt nachhaltig zu verbessern.

Unternehmen müssen ihrer Verantwortung gerecht werden

Die SPD hält an ihrem Ziel fest, dass alle ausbildungsfähigen und –willigen jungen Menschen ein Ausbildungsplatzangebot erhalten. Hier steht vor allem die Wirtschaft in der Pflicht. Die positive konjunkturelle Entwicklung in Deutschland hat nicht zu einem erhöhten Engagement der Unternehmen in der Ausbildung geführt. Obwohl die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stark davon abhängt, ob es in der Zukunft gelingt, den wachsenden Fachkräftebedarf zu decken, zieht sich die Wirtschaft zunehmend aus der dualen Ausbildung zurück. Dieses Verhalten ist nicht nur unsozial, sondern gefährdet die internationale Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland.

Während viele gerade auch kleine und mittelständische Betriebe ihrer unternehmerischen Pflicht nachkommen und junge Fachkräfte ausbilden, verlassen sich immer mehr Unternehmen darauf, dass andere für sie diese Aufgabe mit bewältigen. Diese Unternehmen sind aufgefordert, ihrer Verantwortung für die Ausbildung gerecht zu werden. Der Bundeswirtschaftsminister muss stärker als bisher auf die Unternehmen einwirken und für zusätzliche Ausbildungsplätze werben.

Das duale System erhalten und zukunftsfest gestalten

Die SPD will das weltweit anerkannte System der dualen Berufsbildung erhalten und zukunftsfest weiterentwickeln. Die Reform des Berufsbildungsgesetz (BBiG) war

bereits ein entscheidender Schritt, das duale System an die sich zunehmend dynamisch ändernden Anforderungen der Wirtschaft anzupassen. Doch weitere Anstrengungen sind dringend notwendig. Dabei stehen für die SPD zunächst folgende Schritte im Vordergrund:

- Der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland war richtig. Er muss fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Der speziell zu diesem Zweck eingesetzte gemeinsame Lenkungsausschuss hat bislang keine Ergebnisse vorgelegt. Wenige Monate vor dem Start des neuen Ausbildungsjahres ist der Zeitdruck groß. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos und Bundesbildungsministerin Annette Schavan sind dringend aufgefordert, die Arbeit des Lenkungsausschusses voranzutreiben.
- Die von den Wirtschaftsverbänden jährlich zugesagten 30.000 neuen Ausbildungsplätze reichen nicht aus, das sonst sinkende betriebliche Ausbildungsplatzangebot auszugleichen. Die Wirtschaft muss sich zur Schaffung „zusätzlicher“ Ausbildungsplätze verpflichten.
- Nach Ablauf der diesjährigen Frist für das Abschließen von Ausbildungsverträgen am 30. September 2006 müssen die Anstrengungen bei der Nachvermittlung intensiv weiter verfolgt werden.
- Jugendliche mit eingeschränkten Startchancen brauchen eine Brücke in die betriebliche Ausbildung. Das im Rahmen des Ausbildungspakts neu geschaffene Sonderprogramm Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) hat die Erwartungen übertroffen. Bis Ende Januar 2006 sind 42.000 Plätze in Betrieben gemeldet worden. Rund 19.800 Jugendliche haben bereits eine Einstiegsqualifizierung begonnen. Knapp 57 Prozent der Jugendlichen konnten im Anschluss eine betriebliche Ausbildung antreten. Das Sonderprogramm EQJ muss auch über das Jahr 2007 hinaus weitergeführt und ausgebaut werden.
- Einseitige Forderungen nach Kürzungen in der Ausbildungsvergütung sind keine Lösung. Die Höhe der Ausbildungsvergütungen ist Sache der Tarifparteien und muss das auch bleiben. Bereits heute gibt es in einzelnen Branchen Regelungen, die den Tarifparteien Spielräume gewähren.
- Seit 1999 sind mehr als 200 Ausbildungsberufe neu geschaffen oder modernisiert worden. Dieser gewaltige Modernisierungsschub muss weiter fortgesetzt werden.
- Das Berufswahlspektrum von Mädchen muss insbesondere im naturwissenschaftlich-technischen Bereich erweitert werden. Mehr als 50 Prozent der Mädchen wählt aus nur 10 verschiedenen Ausbildungsberufen im dualen System. Unter diesen 10 Berufen ist keiner aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich.
- Bei der Entwicklung des Europäischen Qualifikationsrahmens muss sichergestellt werden, dass Qualifikationen und Abschlüsse des deutschen dualen Systems angemessen repräsentiert sind.